

Vorlagennummer: 0067/2026
Vorlageart: Vorschlag zur Tagesordnung
Status: öffentlich

Antrag der SPD-Fraktion

Hier: Sozialraumentwicklung im Rahmen der Handlungsstrategie Problem Immobilien

Eingereicht am:
Gestellt von:

Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie (Entscheidung)	10.02.2026	Ö

Beschlussvorschlag

Im Rahmen der Handlungsstrategie zum Umgang mit Problemimmobilien (Vorlage 0750/2025) sowie des geplanten Hagen-Pakts mit dem Land Nordrhein-Westfalen wird die Stadtumbaustrategie für Hagen unter besonderer Berücksichtigung sozialraumrelevanter Fragestellungen zu einem ständigen Tagesordnungspunkt im Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung, regelmäßig über den Sachstand, geplante Maßnahmen sowie soziale Entwicklungen in den betroffenen Quartieren zu berichten. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, am Beispiel des Stadtteils Altenhagen zu prüfen, wie eine kommunal entwickelte Sozialraum-Gesamtstrategie zur besseren Koordinierung bestehender Sozial-, Bildungs- und Integrationsangebote aufgebaut werden kann. Auch hierzu soll der Ausschuss unterrichtet werden.

Sachverhalt

siehe Anlage

Anlage/n

1 - 2026.02.10 SPD-Antrag Sozialraumentwicklung (öffentlich)



An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Soziales,
Integration und Demographie

Hagen, 30.1.2026

Herrn Christian Mechnich

Im Hause

Sozialraumentwicklung im Rahmen der Handlungsstrategie Problemimmobilien

Sehr geehrter Herr Mechnich,

wir bitten um Aufnahme des oben genannten Tagesordnungspunktes für die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie am 10.2.2026 nach § 6 Abs. 1 (Gesch.O).

Antrag:

Im Rahmen der Handlungsstrategie zum Umgang mit Problemimmobilien (Vorlage 0750/2025) sowie des geplanten Hagen-Pakts mit dem Land Nordrhein-Westfalen wird die Stadtumbaustrategie für Hagen unter besonderer Berücksichtigung sozialraumrelevanter Fragestellungen zu einem ständigen Tagesordnungspunkt im Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung, regelmäßig über den Sachstand, geplante Maßnahmen sowie soziale Entwicklungen in den betroffenen Quartieren zu berichten.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, am Beispiel des Stadtteils Altenhagen zu prüfen, wie eine kommunal entwickelte Sozialraum-Gesamtstrategie zur besseren Koordinierung bestehender Sozial-, Bildungs- und Integrationsangebote aufgebaut werden kann. Auch hierzu soll der Ausschuss unterrichtet werden.

Begründung:

Wie aus der Vorlage 0750/2025 hervorgeht, verfolgt die Stadt Hagen im Umgang mit Problem- und Schrottimmobilen einen ganzheitlichen Ansatz, der neben baulichen und städtebaulichen Maßnahmen ausdrücklich auch soziale, wirtschaftliche und infrastrukturelle Aspekte berücksichtigt.

Die analysierten Fokus- und Problembereiche sind durch mehrdimensionale Problemlagen geprägt, in denen unter anderem:



- Armut und Langzeitarbeitslosigkeit,
- ein angespannter Wohnungsmarkt mit überbelegten und vernachlässigten Immobilien,
- Defizite in der sozialen Infrastruktur,
- sowie mangelnde soziale Durchmischung
zusammentreffen.

Diese strukturellen Faktoren wirken unabhängig von Herkunft oder Nationalität und führen zu sozialer Instabilität, Konflikten im Wohnumfeld sowie zu einem negativen Stadtteilimage.

Sozialraum Altenhagen – besondere Ausgangslage

Der Stadtteil Altenhagen verfügt über eine hohe Dichte an sozialen, bildungsbezogenen und integrationsrelevanten Angeboten unterschiedlicher Träger sowie der Stadt Hagen selbst. Das Altenhagener Forum dient als Bündelungsorgan für Stadtteilthemen.

Diese Einrichtungen und Strukturen leisten bereits heute einen wesentlichen Beitrag zur Bildungsarbeit, Integration, Prävention und sozialen Stabilisierung des Stadtteils.

Gleichzeitig zeigt sich, dass die Vielzahl engagierter Einzelangebote ohne eine übergeordnete kommunale Steuerung an Grenzen stößt. Schulen, Kitas und soziale Einrichtungen übernehmen zunehmend Aufgaben, die über ihren originären Auftrag hinausgehen, und sind damit strukturell überfordert.

Notwendigkeit einer kommunalen Sozialraum-Gesamtstrategie

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie sieht daher die Notwendigkeit einer kommunal verantworteten Sozialraum-Gesamtstrategie für Altenhagen, die:

- bestehende Angebote nicht ersetzt, sondern koordiniert und miteinander verzahnt,
- klare gemeinsame Ziele für Bildung, Integration und soziale Stabilisierung definiert,
- die Rolle von Schulen und Kitas als zentrale Knotenpunkte im Sozialraum stärkt und zugleich entlastet,
- die Zusammenarbeit zwischen Stadt, freien Trägern und dem Altenhagener Forum strukturiert,
- sowie ressortübergreifend (Soziales, Jugend, Schule, Stadtentwicklung) angelegt ist.

Eine solche Strategie dient nicht nur der Verbesserung der sozialen Teilhabe, sondern trägt langfristig auch zur Reduzierung von Konflikten, zum Abbau von Angsträumen und zur Stärkung des Sicherheits- und Zugehörigkeitsgefühls im Stadtteil bei.

Rolle des Sozialausschusses

Da Sozialraumentwicklung nur ressortübergreifend und langfristig gelingen kann, sieht der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie seine Aufgabe darin, diesen Prozess kontinuierlich politisch zu begleiten.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung daher um:

- regelmäßige Sachstandsberichte zur sozialen Dimension der Stadtumbaustategie,
- Informationen zur Entwicklung des Sozialraums Altenhagen,
- sowie perspektivisch um Vorschläge zur Ausgestaltung einer kommunalen Sozialraum-Gesamtstrategie.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Meier
SPD-Fraktion